

18.47

Bundesrätin MMag. Elisabeth Kittl, BA (Grüne, Wien): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe heute angefangen, ich werde die heutige Sitzung auch fast beenden. Wie Frau Wolff schon gesagt hat, ist die vorliegende Gesetzesänderung eine winzige Änderung, sie hat aber hoffentlich weit größere Auswirkungen. Wie schon im Berufsausbildungsgesetz geschehen, wird der Ausdruck Lehrlingsentschädigung auch im Arbeitsverfassungsgesetz durch Lehrlingseinkommen ersetzt. Nicht Entschädigung, nicht Entgelt, sondern Einkommen sollen die Lehrlinge zukünftig bekommen.

Einkommen ist ein Begriff, der viel umfasst. Einkommen geht mit beginnender Selbstsorge und Selbstverantwortung einher, genauso wie es die Zeit in der Lehre an sich schon tut. Begriffe sind nicht zu unterschätzen, Begriffe fassen unsere Welt in Worte, Begriffe machen etwas mit uns. Diese kleine Umdefinierung hat im Fokus, den Lehrlingsstand angesehener zu machen, wir haben es schon gehört. Es geht darum, den Status der Lehrlinge zu heben und der Lehrlingsausbildung und dem daraus folgenden Beruf mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Es geht um die Aufwertung der Arbeit und der Stellung von Lehrlingen. Es geht darum, ihre devote Stellung in eine verantwortungsvolle, angesehenere Stellung zu transformieren, denn ich stelle mir immer wieder die Frage: In welchem Jahrhundert leben wir, dass so manche Arbeit oder Ausbildung als minder angesehen wird? In welchem Jahrhundert leben wir, dass Dienstleistung immer noch mit Dienen und all seinen Implikationen von Unterwerfung zu tun hat? Kommen wir doch endlich ins 21. Jahrhundert! Kommen wir endlich in eine Zeit, die sich von den unerträglichen Minderbewertungen für manche Tätigkeiten oder gar für manche Menschen verabschiedet!

Warum wollen wir den Lehrlingsstatus attraktiver machen? – Wir wissen es: weil wir Lehrlinge brauchen. Die Fachkräfte speisen sich zu einem großen Teil aus den Jungen, aus den Lehrlingen. Die österreichische Bevölkerung wird immer älter, daher wird der Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren weiter steigen.

Die Branchen, in denen, wie wir schon gehört haben, Lehrlinge fehlen, sind die technischen Handwerksberufe, von der Elektrotechnik – gerade in der Energiewende sehr gefragt – über die Kfz-Mechanik, den Maschinenbau, die Schlosserei bis zur Datenverarbeitung.

Daraus erklärt sich auch – an dieser Stelle ein kleiner Exkurs –, warum die Politik mehr Frauen beziehungsweise Mädchen in technische Berufe bringen will: Ich dachte immer,

es gehe vordergründig darum, endlich mehr Gleichberechtigung zu schaffen und Rollenklischees aufzubrechen, aber es geht auch – und vielleicht vor allem – darum, mehr Lehrlinge in diese Berufe zu bringen. Wie auch immer – der Gleichberechtigung wird es jedenfalls auf die Sprünge helfen.

Die Begriffsänderung von Entgelt zu Einkommen ist ein Beitrag zur Aufwertung der Lehrlingsausbildung, denn Lehrberufe sind sichere und gut bezahlte Berufe. Ja, vielleicht geht es um Überschriften, aber einen Aufsatz ohne Überschrift liest niemand.

Noch ein paar Worte zum aktiven Wahlrecht: In beiden Gesetzen wird das aktive Wahlrecht zu den Organen der Personalvertretung auf das Alter von 16 Jahren heruntersetzt. Damit erfolgt, wie unsere Kollegin schon gesagt hat, eine Anpassung an das Wahlalter für Wahlen in Bund, Land und Gemeinden – seit Langem eine grüne Forderung. Mit dem Wahlrecht ab 16 Jahren wird den Jugendlichen zugestanden, dass sie abwägen und urteilen können. Das ist wichtig, denn dadurch werden sie ermutigt, an den Willensbildungen, die sie betreffen, mitzuwirken. Es ist wichtig im Sinne des Generationenaustausches und der Generationengerechtigkeit.

Das alles passt mit dem von mir zum Lehrlingseinkommen Vorgebrachten gut zusammen: mehr Verantwortung, mehr Mitbestimmung, mehr Interesse – ein Erfolgskreislauf, der ein Mehr an Demokratie bedeutet und in die Zukunft der jungen Generation investiert. – Danke. *(Beifall bei den Grünen und bei BundesrätInnen der ÖVP.)*

18.51

Vizepräsidentin Mag. Elisabeth Grossmann: Zu einer Stellungnahme hat sich Frau Bundesministerin Mag.^a Christine Aschbacher zu Wort gemeldet. – Bitte sehr, Frau Ministerin.